

**Haushaltsrede des Gruppensprechers Hans-Wilhelm Grütjen
in der Kreistagssitzung am 10.3.2010**

Sehr geehrter Herr Landrat,
Sehr geehrte Damen und Herrn!

Wir beraten heute einen Haushaltsentwurf, der Gesamtausgaben in einer Höhe von 361 Millionen Euro vorsieht und nur über einen Rückgriff auf die Ausgleichsrücklage bei gleichzeitiger Erhöhung der Kreisumlage zu Lasten der kreisangehörigen Kommunen ausgeglichen werden kann.

Verursacht wird diese Situation durch externe, dem Kreis nicht zurechenbare Faktoren. Lassen Sie mich zwei wesentliche Faktoren kurz skizzieren:

Der eine Faktor ist die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch den Rhein-Kreis Neuss und die kreisangehörigen Kommunen belastet. Die Belastungen schlagen sich sowohl auf der Einnahmenseite wie auch auf der Ausgabenseite nieder:

Auf der Einnahmenseite weisen aufgrund des geschrumpften Bruttoinlandsprodukts die kommunalen Steuereinnahmen einen Rückgang auf.

Auf der Ausgabenseite steigen in Folge des konjunkturellen Einbruchs und der damit verbundenen negativen Entwicklung des Arbeitsmarktes mit entsprechenden negativen Folgen für die Sozialhaushalte die Aufwendungen für die Bereiche SGB II und SGB XII.

Der zweite Faktor ist, daß der Sozial-und Gesundheitsbereich, der einschließlich der Landschaftsumlage rund 60 Prozent der Gesamtausgaben des Kreishaushaltes ausmacht, und im Wesentlichen von gesetzlichen Vorgaben – also ebenfalls extern – bestimmt ist.

Diesen und weiteren fremd bestimmten Aufgaben und Ausgaben der Kreise stehen nur unzureichende Finanzierungsbeiträge von Bund und Land gegenüber. Ein Beispiel sind die Kosten für Unterkunft für Harz IV Bezieher, an denen sich die Bundesebene im Jahr 2009 noch mit 25,4 Prozent beteiligte, 2010 ist die Bundesbeteiligung 23 Prozent.

Die angeführten Faktoren ließen sich durch weitere ergänzen – sie sollen beispielhaft verdeutlichen, daß der Spielraum, den wir im Kreishaushalt haben, wesentlich durch externe Faktoren bestimmt und damit auch eingegrenzt ist.

Trotz des engen Spielraums im Kreishaushalt begrüßen wir die Entscheidung, die Kreisumlage statt der angedachten 1,98 Prozentpunkte um nur 0,95 Prozentpunkte zu erhöhen und durch diese Reduzierung zugunsten der kreiangehörigen Kommunen stärker auf die Ausgleichsrücklage zurückzugreifen – auch wenn mit dieser Reduzierung eine weitere Einengung des Spielraums im Kreishaushalt verbunden ist.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

Bei den Beratungen der Änderungsanträge zum Kreishaushalt im Finanzausschuß zeigte sich, daß alle im im Kreistag vertretenen Parteien den finanziellen Handlungsspielraum als sehr knapp einschätzen und Mehrausgaben in nur geringem Umfang beantragten.

Lassen Sie mich die beiden Anträge mit dem größten Finanzvolumen jeweils bei den Mehraufwendungen und den Minderaufwendungen herausgreifen:

Bei den Mehraufwendungen sind dies
Einrichtung der Stelle eines ärztlichen Leiters des Rettungsdienstes
und
Förderung Arbeitslosenberatungsstelle

Hinzuweisen ist darauf, daß bei den Beratungen einer der höchsten neuen Ansätze mit 60.000 Euro auf die Einrichtung der Stelle eines „Ärztliche Leiter des Rettungsdienstes“ entfiel, einer Stelle, deren Einrichtung bei der Neufassung der entsprechenden gesetzlichen Regelungen dem Kreis vorgeschrieben wird. Insofern ist diese Aufgabe - die durch entsprechende Benutzungsgebühren gedeckt und somit kostenneutral ist - extern bestimmt.

Wir begrüßen die einstimmige Entscheidung im Finanzausschuß, einen Zuschuß zur Arbeitslosenberatungsstelle in Neuss in Höhe von 30.000 Euro in den Kreishaushalt einzustellen und diese zu fördern. Hintergrund der Notwendigkeit dieses Beschlusses ist die Tatsache, daß das Land NRW die Förderung im Jahr 2008 eingestellt hat. Insofern ist auch diese Mehrausgabe extern bestimmt.

Bei den Minderaufwendungen sind dies
Abschreibung auf Grund und Boden aufgrund Aufforstung
und
Schaffung von Waldflächen

In den im Finanzausschuß mehrheitlich verabschiedeten Minderausgaben in den Bereichen „Abschreibung auf Grund und Boden aufgrund Aufforstung“ in einer Größenordnung von 108.000 Euro und damit der Halbierung des ursprünglichen Ansatzes wie auch in der mehrheitlich beschlossenen Reduzierung des Ansatzes „Schaffung von Waldflächen“ von 41.000 Euro auf 20.000 Euro sehen wir für den Rhein-Kreis Neuss – den waldärmsten Kreis der Bundesrepublik – das falsche politische Signal.

Festzuhalten bleibt hier, daß die mehrheitlich beschlossenen Minderaufwendungen in den Bereichen Aufforstung / Schaffung von Waldflächen sämtliche sonstige beschlossenen Mehraufwendungen nahezu kompensieren.

Festzuhalten bleibt auch, daß die durch den Finanzausschuß beschlossenen Anträge bei Saldierung der Erträge / Aufwendungen im Ergebnis zu einer Minderung der Ausgaben des durch die Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurfs von 53.000 Euro führen.

Diese „politische“ Diskussion des von der Verwaltung vorgelegten Zahlenwerks von ca. 361 Millionen Euro Ausgaben entspricht ca. 0,015 Prozent des seitens der Verwaltung veranschlagten Etats.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie wissen, ist die Kreistagsgruppe DIE LINKE seit Oktober 2009 im Kreistag Rhein-Kreis Neuss vertreten und nimmt in diesem Jahr erstmals an den Haushaltsberatungen teil. Wir müssen feststellen, daß unsere Erwartung an den Finanzausschuß und hier insbesondere an die die „Altfraktionen“ auf eine inhaltliche Debatte, auf eine Debatte, die sich mit den politischen Inhalten und Konsequenzen des seitens der Kreisverwaltung vorgelegten Haushaltsentwurfs befaßt, nicht erfüllt wurde.

Der Haushaltsentwurf der Kreisverwaltung wurde bis auf marginalste Änderungen quasi durchgewunken, kritische Fragen zum Zahlenwerk wurden nicht gestellt.

Um einen falschen Eindruck zu vermeiden möchten wir hier ausdrücklich darauf verweisen, daß wir in dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsentwurf einerseits die Umsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen sehen, die einzuhalten die Kreisverwaltung verpflichtet ist – andererseits sehen wir in dem Haushaltsentwurf aber auch die (finanzielle) Umsetzung politischer Vorgaben durch die Kreisverwaltung, an die die Kreisverwaltung durch Mehrheitsbeschlüsse der Vergangenheit gebunden ist. Insofern sind kritische Fragen an das Zahlenwerk der Verwaltung immer als kritische Fragen an die Politik zu verstehen, an jene, die die Verwaltung mehrheitlich beauftragten, politische Entscheidungen in Zahlen zu gießen.

Lassen Sie mich diesen Gedanken in bezug auf die gegenwärtige Situation und die zu erwartende Entwicklung an wenigen Beispielen exemplarisch erläutern und daraus ableiten, welche notwendigen – iEntscheidungen wir für die Zukunft sehen:

Zur ökonomischen Situation der Kommunen / des Kreises:

Die Bundesrepublik befindet sich derzeit in der schärfsten ökonomischen Krise seit den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Für Kommunen bedeutet dies ein immer stärkeres Wegbrechen der Einnahmen, parallel werden sie seitens des Bundes und der Länder immer stärker mit Aufgaben und Ausgaben belastet. Die Kreise, über die Kreisumlage quasi umlagefinanziert aus den kreisangehörigen Kommunen, haben ein analoges Problem.

Die Lösung dieses Problems kann und darf nicht sein, daß wir als Abgeordnete des Kreistags diese Entwicklung als gegeben und vorbestimmt hinnehmen – im Interesse von Kreis und kreisangehörigen Kommunen muß hier eine gemeinsame parteiübergreifende Plattform gefunden werden – an einigen kleinen Stellschrauben im Kreishaushalt (53.000 Euro Einsparungen gegenüber dem Entwurf der Kreisverwaltung) zu drehen beseitigt nicht die strukturelle Unterfinanzierung von Kreis und kreisangehörigen Kommunen.

Auch die Reduzierung der ursprünglich angedachten Kreisumlage um ca. 50 Prozent kann keine dauerhafte Hilfe des Kreises für die kreisangehörigen Kommunen sein: Die mittelfristige Konsequenz wäre, daß ein strukturell unterfinanzierter Kreis strukturell unterfinanzierte kreisangehörige Kommunen so lang unterstützt, bis seine Rücklage auf Null ist.

Insofern brauchen wir eine gemeinsame parteiübergreifende Plattform zur Neuregelung der Finanzbeziehungen Bund/Länder/Kreise/Kommunen.

Es reicht unseres Erachtens aber nicht, nur über die Finanzmisere des Kreises und der kreisangehörigen Kommunen zu klagen. Wir fragen uns auch, aus welchen Projekten der Rhein-Kreis Neuss sich zurückziehen und damit seine Ausgaben reduzieren könnte. Hier denken wir an das Landwirtschaftsmuseum Sinsteden und die Internationale Schule am Rhein. Auch der Verkauf des RWE-Aktienpakets sollte als Option offen gehalten werden.

Zur ökologischen Situation der Kommunen / des Kreises

Wir haben oben bereits darauf verwiesen, daß der Rhein-Kreis Neuss der waldärmste Kreis der Bundesrepublik ist. Auf die historischen Verursachungen dieser Situation sei hier nicht eingegangen.

Wir haben im Rhein-Kreis Neuss mit der Stadt Grevenbroich eine kreisangehörige Kommune, die sich selbst gerne als Energiehauptstadt der Bundesrepublik tituliert und sich damit einen schmückenden Beinamen zu geben versucht.

Tatsache ist aber, daß in dem Emmissionsdreieck Niederaussem, Weisweiler und Frimmersdorf täglich 250.000 Tonnen CO₂ in die Luft geblasen werden – 365 Tage im Jahr. Insofern sehen wir auch den Energiepakt des Rhein-Kreis Neuss mit RWE – vorsichtig formuliert – kritisch.

Insbesondere die Absicht von RWE, weitere Kohlekraftwerke zu bauen, ist unter Umweltgesichtspunkten nicht nachzuzvollziehen.

Wir sehen durchaus, daß RWE in Grevenbroich ein wirtschaftlicher Standortfaktor ist und an diesem Engagement von RWE auch Arbeitsplätze hängen. Wir sehen aber auch, daß dies Engagement nicht durch Altruismus, sondern durch das Streben nach Profitmaximierung geprägt ist.

Wir erachten den Ausstieg aus der Braunkohle nach Garzweiler II als ökologisch notwendig Perspektive. Notwendig ist aber heute schon ein Umdenken der Politik im Rhein-Kreis Neuss - weg von den fossilen Energien hin zu erneuerbaren, regenerativen Energien und damit schon heute eine Intensivierung der Förderung dieser Energien.

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ein Haushalt ist in Zahlen gegossene Politik.

Wir sehen in dem vorliegenden Haushalt die Fortschreibung politischer Mehrheitsentscheidungen der Vergangenheit ohne auf die sich ändernden Rahmenbedingungen und die neuen Herausforderungen für kommunale Entscheidungen einzugehen.

Insofern läßt der vorgelegte Haushalt keine klare zukunftsorientierte Zielrichtung erkennen.

Aus den genannten Gründen lehnen wir den Haushalt ab.